



Geschäftsführung Stadtentwicklungsausschuss

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 12.01.2012

Niederschrift

über die **22. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 17.11.2011, 15:05 Uhr bis 18:12 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Karl-Jürgen Klipper	CDU
--------------------------	-----

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	bis 16.55 Uhr.
Herr Peter Kron	SPD	Vertretung für Herrn Noack ab 16.55 Uhr.
Herr Alfred Schultz	SPD	
Herr Michael Zimmermann	SPD	
Frau Birgit Gordes	CDU	
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Helmut Jung	CDU	
Frau Barbara Moritz	GRÜNE	
Herr Horst Thelen	GRÜNE	Vertretung für Frau Dr. Müller
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Herr Ralph Sterck	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE	
Herr Klaus Hoffmann	Freie Wähler Köln	bis 17.20 Uhr

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Jörg Beste	auf Vorschlag der Grünen
Herr Jürgen Brock-Mildenberger	SPD

Herr Michael Frenzel	auf Vorschlag der SPD	
Herr Norbert Hilden	auf Vorschlag der FDP	
Herr Wolfgang Hornemann		
Herr Günter Leitner	auf Vorschlag der CDU Fraktion	
Herr Lothar Müller	DIE LINKE	
Herr Ingo Schneemann	auf Vorschlag der FDP	
Herr Dr. Ulrich Soénius	auf Vorschlag der CDU	ab 16.50 Uhr

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Werner Baatz	Seniorenvertretung	
Herr Marco Malavasi	LSVD OV Köln	15.10 Uhr bis 17.35 Uhr

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck	Dezernat Planen und Bauen
Frau Sandra Kißmann	Dezernat Planen und Bauen
Frau Anne Luise Müller	Stadtplanungsamt
Frau Elke Müssigmann	Stadtplanungsamt
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat Planen und Bauen
Herr Andreas von Wolff	Stadtplanungsamt

Schriftführerin

Frau Marianne Michels	Dezernat Planen und Bauen
-----------------------	---------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Sabine Müller	GRÜNE
Herr Gereon Breuer	pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Christian Möbius	CDU
-----------------------	-----

Vorsitzender Klipper eröffnet die 22. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüßt die Anwesenden. Anschließend verliest er die Änderungen zur Tagesordnung. Er fragt an, ob seitens der Ausschussmitglieder weitere Änderungswünsche vorliegen.

SE Götz macht für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf zu TOP 6.1 – Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz – geltend.

RM Moritz bittet für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Vertagung der TOP`s 6.6 – Klimaschutzkonzept Köln – sowie 6.12 – Fortschreibung Luftreinhalteplan Köln -. Zu beiden Vorlagen sei der Abstimmungs- und Diskussionsprozess innerhalb ihrer Fraktion aufgrund der komplexen Thematik noch nicht abgeschlossen. Ferner bittet sie darum, die Beratung zu den Vorlagen zu TOP 10.2 – B-Plan Sinnersdorfer Straße – und TOP 10.3 – B-Plan Straberger Weg – in umgekehrter Reihenfolge vorzunehmen, weil sich aus der Beratung zum Straberger Weg viele Aspekte für die Sinnersdorfer Straße erledigen würden.

Vorsitzender Klipper schlägt vor, beide Vorlagen gemeinsam zu behandeln. Zudem möchte er die Vorlage zu TOP 6.7 – HK Strategisches Flächenmanagement – zurückstellen, weil er diese Thematik noch einmal im internen Arbeitskreis aufgreifen wolle.

RM Sterck äußert an die Verwaltung den Wunsch, zu TOP 4.1 – Regionale 2010 – einen kurzen Sachstandsbericht zum Stand der einzelnen Projekte vorzustellen.

Abschließend bittet Vorsitzender Klipper die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses um Zustimmung, die TOP`s 6.3 – Sanierung Kölnisches Stadtmuseum – und 6.8 – Sanierung Bühnen- vorzuziehen, weil der Leiter des Kölnischen Stadtmuseums, Herr Dr. Kramp, sowie die Herren Betz (Büro WES Hamburg) und Otrzonsek (Arge Architekten: HPP, Köln und theapro, München) anwesend sind und deren Anwesenheit ebenfalls in der um 16.00 Uhr beginnenden Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt erwünscht sei.

Der Stadtentwicklungsausschuss ist mit den Änderungen zur Tagesordnung einverstanden. Somit ergibt sich die nachfolgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 **Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 2 **Schriftliche Anfragen**
- 3 **Anträge**
- 4 **Stadtplanung - Projekte**
 - 4.1 Regionale 2010
 - 4.2 Umsetzung Masterplan
- 5 **Allgemeine Vorlagen**
 - 5.1 Vorschlag des Kölner Architekten Hartmut Gruhl zur Bebauung entlang der Siegburger Straße in Köln-Deutz
3172/2011
 - 5.2 Beschluss über die Erweiterung der frühzeitigen und intensiven Bürgerbeteiligung zur zukünftigen Entwicklung der ehemaligen Archivflächen entlang der Severinstraße in Köln-Altstadt/Süd
3209/2011
 - 5.3 Plangenehmigungsverfahren gem. § 18 b Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) i. V. m. § 74 Abs. 6 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG); hier: Stellungnahme zum Vorhaben "Neubau Schaltposten Köln" in Köln Neustadt/Nord
3746/2011
 - 5.4 Beschluss über die Auswertung der Ergebnisse der intensiven Bürgerbeteiligung (moderierter Workshop) im Juli 2011 zur zukünftigen Entwicklung der ehemaligen Archivflächen in Köln-Altstadt/Süd zur Weiterbearbeitung im Wettbewerb Kaiserin-Augusta-Schule
4166/2011
- 6 **Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen**
 - 6.1 Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz
hier: Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss zur Bahnsteiganhebung der Haltestelle Barbarossaplatz sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-1-6304, Barbarossapl.-Umsetz. Niederflurkonzept, Hj.
1350/2011
zurückgestellt

- 6.2 4. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes Köln NordWest
hier: Beschluss über die Stellungnahmen aus der 1. und 2. Offenlage und
Feststellungsbeschluss
2395/2011
- 6.3 Erweiterung und Generalsanierung Kölnisches Stadtmuseum - Planungsauf-
trag
2648/2011
- 6.4 Festlegung eines Gebietes der Sozialen Stadt 'Köln-Mülheim'
2889/2011
Endgültig zurückgezogen
- 6.5 Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a - 135 c
BauGB
3000/2011
- 6.6 Klimaschutzkonzept Köln - vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm 2012
3272/2011
zurückgestellt
- 6.7 Handlungskonzept Strategisches Flächenmanagement
3391/2011
zurückgestellt
- 6.8 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
hier: Baubeschluss
3570/2011
- 6.9 Denkmalensemble Bahnhof Belvedere
3637/2011
- 6.10 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof / Bap-
tisterium; Stellenbedarf beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau
4156/2011
- 6.11 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet Nr. 400 in Köln-Hahnwald
3928/2011
- 6.12 Fortschreibung Luftreinhalteplan Köln
4348/2011
zurückgestellt

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

- 7.1 155. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Porz/-Poll
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
0978/2011

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

- 9.1 Städtebauliches Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) "Alarichstraße - Parkhaus Eduardus-Krankenhaus" in Köln-Deutz (Nummer 69445/02)
Stellungnahme der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
4081/2011

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

- 10.1 Beschluss über die Vorgaben zur Weiterführung des Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 70454/08
Arbeitstitel: Kalker Hauptstraße 145 in Köln-Kalk
2571/2010

und

Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.09.2010
AN/ 1622/2010

- 10.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Sinnersdorfer Straße in Köln-Roggendorf/Thenhoven
1435/2011
- 10.3 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Straberger Weg in Köln-Roggendorf/Thenhoven
1548/2011

- 10.4 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 59470/02
Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (Planungsstufe 2) in Köln-Widdersdorf
4132/2011
- 10.5 Erneuter Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: "Rather See" in Köln-Rath/Heumar
4150/2011
- 10.6 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Staatenhaus in Köln-Deutz
4326/2011
- 11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren**
- 12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen**
- 12.1. Beschluss über die Stellungnahmen sowie den Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 70420/02
Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll
2319/2011
- und
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.10.2011
AN/1825/2011
- 13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen**
- 13.1 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die 3. Änderung des Bebauungsplanes 74459/07
Arbeitstitel: Madausstraße in Köln-Merheim, 3. Änderung
2207/2011
- 13.2 Beschluss über die Änderung des Aufstellungsbeschlusses und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 69474/02
Arbeitstitel: Deutz-Mülheimer Straße in Köln-Mülheim
3305/2011
zurückgestellt

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

15 Sonstige Satzungen

- 15.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd
Arbeitstitel: Südlich Georgsplatz in Köln-Altstadt/Süd
4164/2011
- 15.2 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Süd, Köln-Sülz
Arbeitstitel: Eifelwall in Köln-Neustadt/Süd; Köln-Sülz
4169/2011
- 15.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Pesch
Arbeitstitel: Donatusstraße in Köln-Pesch, 1. Änderung
4186/2011
- 15.4 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Nord
Arbeitstitel: Brandenburger Straße in Köln-Altstadt/Nord
4206/2011
- 15.5 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rondorf
Arbeitstitel: Südlich Rodenkirchener Straße in Köln-Rondorf
4207/2011
- 15.6 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rodenkirchen
Arbeitstitel: "Auenviertel" in Köln-Rodenkirchen
4284/2011

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

17 Mitteilungen

- 17.1 Ausstellung "Bauen für die 2000-Watt-Gesellschaft. Der Stand der Dinge" im Stadthaus in Köln-Deutz
3219/2011
- 17.2 Entwicklungskonzept Deutzer Hafen: Sachstand, neue Planungsspielräume und weiteres Verfahren
3656/2011
- 17.3 Geförderter Mietwohnungsbau in Köln
Situation und Chance der dauerhaften Sicherung der Wohnversorgung
3717/2011

- 17.4 Wohnen in Köln
4041/2011
- 17.5 Ratsbeschluss vom 01.03.2011, TOP 3.1.4 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Wohnraumförderung NRW", AN/0441/2011
Resolution an die Landesregierung
4145/2011
- 17.6 Erstellung einer niedrigen Schallschutzwand an der DB-Strecke 2641 in Köln-Humboldt/Gremberg
4270/2011
- 18 Mündliche Anfragen**
- 19 Gleichstellungsrelevante Themen**

II. Nichtöffentlicher Teil

- 20 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 21 Schriftliche Anfragen**
- 22 Anträge**
- 23 Stadtplanung - Projekte**
- 24 Gestaltungsbeirat**
 - 24.1 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 19.09.2011
4130/2011
- 25 Sonstige Vorlagen**
 - 25.1 VOF-Vergabeverfahren der Planungsleistungen für das Bauvorhaben "Städtische Liegenschaft ehem. Clouth-Gelände, Köln-Nippes - Baufeldfreimachung"
4144/2011
 - 25.2 Geschäftsordnung des Begleitgremiums "ständige Jury MesseCity"
2972/2011
- 26 Mitteilungen**
- 27 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

2 Schriftliche Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

3 Anträge

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Regionale 2010

Beigeordneter Streitberger berichtet über den Sachstand zu den einzelnen Regiona-
leprojekten. Der Bericht ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

SE Frenzel ist der Meinung, die Entwicklung des „Ulrich-Haberland-Hauses“ wäre ein
wichtiger Schritt für die Umsetzung des Projektes „Rhein: Wohnen am Strom“.

Vorsitzender Klipper bemerkt, von acht Projekten seien bisher nur zwei realisiert wor-
den. Bei 60 km Rheinschiene sei dies möglicherweise nicht viel.

Beigeordneter Streitberger stimmt dem zu. Allerdings habe es im Vorfeld zum Wett-
bewerb eine aufwändige und wegweisende Untersuchung gegeben, von der er sich
für die Zukunft hilfreiche Erkenntnisse zwischen dem Disput „Wohnen am Strom“ und
„Hochwasserschutz“ verspreche.

4.2 Umsetzung Masterplan

Beigeordneter Streitberger berichtet anhand einer Powerpoint-Präsentation die Arbeit
und die Ergebnisse der Workshops-Büros zum Thema „Ringe“. Zur Zeit sei man da-
bei, aus den drei Arbeiten den Extrakt herauszufiltern und diesen als Leitlinie für die
Zukunft zu definieren.

Vorsitzender Klipper dankt Herrn Beigeordneten Streitberger für die Dokumentation.
Auch wenn viele der Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses in der Lenkungs-
gruppe vertreten seien, so halte er es für wichtig, die Ergebnisse auch in der Öffent-
lichkeit darzustellen.

RM Sterck begrüßt das gewählte Verfahren. Die drei Büros hätten in massiver Weise
dargestellt, dass Straßenzüge seit Jahrzehnten vernachlässigt worden seien. Er frage
sich, wie die gewünschte Qualität im Laufe des weiteren Verfahren sichergestellt wer-

den könne, wenn nicht ein konkretes Büro sondern die Verwaltung mit der Umsetzung beauftragt werde.

Beigeordneter Streitberger antwortet, über die Planung hinaus lägen derzeit zwei konkrete Aufträge an die Verwaltung vor. Diese beträfen die Umgestaltung des Ebertplatzes und des Barbarossaplatzes. Er sei darauf bedacht, dass die beiden Büros verbunden bleiben. Damit halte er auch die Qualitätssicherung für gewährleistet. Ferner habe er vor, das Stadtraummanagement stärker einzubinden, damit störende Möblierungen, wie Verteilerkästen, etc. schneller beseitigt würden.

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Vorschlag des Kölner Architekten Hartmut Gruhl zur Bebauung entlang der Siegburger Straße in Köln-Deutz 3172/2011

Vorsitzender Klipper erläutert den Beschluss aus der Bezirksvertretung Innenstadt. Seine Fraktion hege erhebliche Bedenken hiergegen und spreche sich für eine Beschlussfassung gemäß Alternative 2 aus.

RM Sterck geht auf die Diskussion zur letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses ein. Demnach habe Beigeordneter Streitberger deutlich gemacht, dass alle Beteiligte dem VEP zustimmen müssten. Diese Hürde sei von der Bezirksvertretung aufgegriffen worden, weswegen er für deren Beschluss Sympathie hege. Er fände es schade, das Projekt bereits jetzt zum Scheitern zu verurteilen.

Vorsitzender Klipper stellt auf Antrag der FDP-Fraktion die Beschlussfassung der Bezirksvertretung Innenstadt zur Abstimmung:

1. Beschluss: *(analog der Beschlussfassung in der Bezirksvertretung Innenstadt)*

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, welche sinnvollen und ausreichend großen Abschnitte gebildet werden können, um mehrere vorhabenbezogene Bebauungspläne realisieren zu können und damit die Möglichkeit zu schaffen, die Gebäude entlang der Siegburger Straße aufzustocken.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die FDP-Fraktion.

Anschließend stellt Vorsitzender Klipper die Beschlussvorlage gemäß Alternative 2 zur Abstimmung:

2. Beschluss: *(gem. Alternative 2)*

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes auf Antrag des Vorhabenträgers in einer Rechtsform, die alle Ei-

gentümer einschließt, und damit die Möglichkeit der Aufstockung der Gebäude entlang der Siegburger Straße.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2 Beschluss über die Erweiterung der frühzeitigen und intensiven Bürgerbeteiligung zur zukünftigen Entwicklung der ehemaligen Archivflächen entlang der Severinstraße in Köln-Altstadt/Süd
3209/2011**

RM Moritz äußert Kritik darüber, dass die Wortbeiträge aus dem ersten Durchgang, nämlich die Diskussion, ob die Ergebnisse des Workshops zunächst einem „exklusiven Kreis“ oder direkt der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollen, offenbar nicht an die Bezirksvertretung Innenstadt übermittelt worden seien.

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamtes) erläutert, sie habe persönlich an der Sitzung der Bezirksvertretung teilgenommen, die Vorlage vorgestellt und die Mitglieder auch über die Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss informiert.

Vorsitzender Klipper stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, vor dem Hintergrund der ausgewerteten Ergebnisse des moderierten Workshops vom 15. und 16.07.2011, eine zusätzliche Informationsveranstaltung im Rahmen des frühzeitigen und intensiven Bürgerbeteiligungsverfahrens durchzuführen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.3 Plangenehmigungsverfahren gem. § 18 b Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) i. V. m. § 74 Abs. 6 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG); hier: Stellungnahme zum Vorhaben "Neubau Schaltposten Köln" in Köln Neustadt/Nord
3746/2011**

Vorsitzender Klipper weist darauf hin, dass es einen geänderten Beschlussvorschlag gemäß Anlage 4 gebe und stellt diesen zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss (gem. Anlage 4):

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt zur Kenntnis, dass unter Berücksichtigung der vorbehaltlich seiner Zustimmung fristwahrend abgegebenen Stellungnahme (An-

lage 3) der DB Energie GmbH die Plangenehmigung für ihr Vorhaben durch das Eisenbahn-Bundesamt bereits am 06.10.2011 erteilt wurde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.4 Beschluss über die Auswertung der Ergebnisse der intensiven Bürgerbeteiligung (moderierter Workshop) im Juli 2011 zur zukünftigen Entwicklung der ehemaligen Archivflächen in Köln-Altstadt/Süd zur Weiterbearbeitung im Wettbewerb Kaiserin-Augusta-Schule 4166/2011

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Beschlussvorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Innenstadt, den Ausschuss Schule und Weiterbildung, den Ausschuss für Kunst und Kultur, den Verkehrsausschuss, den Liegenschaftsausschuss sowie in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

**6.1 Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz
hier: Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss zur Bahnsteiganhebung der Haltestelle Barbarossaplatz sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-1-6304, Barbarossapl.-Umsetz. Niederflurkonzept, Hj. 2011
1350/2011**

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

**6.2 4. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes Köln NordWest
hier: Beschluss über die Stellungnahmen aus der 1. und 2. Offenlage und Feststellungsbeschluss
2395/2011**

RM Jung macht deutlich, dass die neue Stellungnahme der Verwaltung versichere, dass die Beschlüsse der Anlagen 5 und 6, insbesondere auch 5c, Grundlage der vorliegenden Verwaltungsvorlage seien. Daher könne sich die CDU-Fraktion der Vorlage anschließen.

RM Moritz kritisiert die Unübersichtlichkeit der Verwaltungsvorlage. Ständig werde mit unterschiedlichen Begriffen agiert, was nicht zuletzt auch die Bürger irritiere und verunsichere. Insbesondere, wenn sich ein Prozess über längere Zeit erstrecke sei es wichtig, gleiche Bezeichnungen zu verwenden. Im Übrigen erwarte sie, dass die vom Stadtentwicklungsausschuss gefassten Beschlüsse gemäß Anlage 5 c heute noch einmal bestätigt würden.

RM Sterck schließt sich den Ausführungen seiner Vorrednerin an. In Bezug auf den nicht vorhandenen neuen Stadtteil „Kreuzfeld“ plädiere er an die Anwesenden, diesen nicht aus Sorge vor negativen Beispielen aus der Vergangenheit schon jetzt abzuschreiben. In Hinblick auf dringend benötigten Wohnungsbau sollte dieses Projekt nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Wichtig sei aber auch die Frage des Vollanschlusses der A 57 im Bereich Chorweiler. Die Landesregierung sehe im Bereich Köln-Nord bis Dormagen einen sechsstreifigen Ausbau vor. Seines Erachtens sei hier aber die vorhandene vierspurige Führung, zumindest bis Neuss, ausreichend. Kritischer sei indes die Führung vor dem Kreuz Köln-Nord, wo sich der dreistufige Ausbau auf zwei Fahrspuren verenge. Er fragt an, ob der Vollanschluss auch ohne Ausbau realisiert werden könne.

Beigeordneter Streitberger räumt ein, diese Frage heute nicht beantworten zu können. Die Planungen seien bisher immer von einem sechsstreifigen Ausbau ausgegangen. Sollten nunmehr andere Prioritäten gesetzt werden, erfordere dies eine neue Prüfung. Er sagt zu, dies im nächsten Gesprächskreis mit dem Landesbetrieb Straßen NRW zu thematisieren.

Vorsitzender Klipper stellt die Beschlussvorlage inklusive der Anlage 5c zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat folgenden ergänzten Beschlussvorschlag zu beschließen:

Ergänzter Beschluss (gem. Anlage 5c):

Der Rat

1. beschließt über die während der 1. und 2. Offenlage zur 4. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes (FNP) eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 5 und 6;
2. stellt die 4. Fortschreibung des FNP Köln NordWest mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 2a BauGB als Anlage 4 beigefügten Begründung inklusive Umweltbericht fest;
3. stellt den Antrag zur Änderung des Regionalplanes für den Bereich des Ortsteiles Auweiler mit der Umwandlung der Darstellung von "Freiraum" in "Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB)".

Ferner werden folgende Beschlussergänzungen empfohlen:

1. Die Kennzeichnung des ehemaligen Geländes von RTL in Köln-Junkersdorf wird von MK (Kerngebiet) in MI (Mischgebiet) geändert.
2. Die heute bestehende Sondernutzungsfläche im Bereich Stadion und Sporthochschule bleibt bestehen und wird nicht erweitert.

3. Die Wohnbebauung Ludwig-Jahn-Straße in Köln-Junkersdorf (3-12) wird um 1/3 reduziert. Dieses 1/3 verbleibt im Landschaftsschutz (LS).
4. Die Wohnbaufläche 306 c am Wiener Weg/Erich-Deuser-Straße in Köln- Junkersdorf wird abgelehnt (Stellungnahme 3-13).
5. Im Bereich der Ignystraße wird die Ausweisung als SO-Gebiet (Sondergebiet) abgelehnt und die heutige Signatur Grünfläche beibehalten.
6. Die auf Seite 21 unter Punkt 6.0 abgelehnten Bauflächen für den Bezirk Merkenich sollen wieder in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden.
7. Die Jugendeinrichtung in Pesch soll ebenfalls in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden.
8. Die Liste der Sehenswürdigkeiten im Stadtbezirk auf Seite 25 der Anlage 3/2 ist zu ergänzen um St. Amandus, Alte Kirche Weiler, Turm St. Brictius und die Simultanhalle.
9. Die auf Seite 21 unter Punkt 6.5 aufgeführte Baufläche möge aufgenommen und um die Hälfte von 6.2 erweitert werden, d.h.: südlich Alte Römer Straße bis obere Linie Punkt 6.4.
10. Die Umgehungsstraße Esch soll aus der 4. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes Köln NordWest herausgenommen wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.3 Erweiterung und Generalsanierung Kölnisches Stadtmuseum - Planungsauftrag 2648/2011

Herr Dr. Kramp (Leiter des Kölnischen Stadtmuseums) berichtet über die Inhalte der Verwaltungsvorlage.

Vorsitzender Klipper begrüßt seitens der CDU-Fraktion das Projekt. Das Museum, inklusive der vorgesehenen Erweiterung, habe eine große Bedeutung und hohe Priorität für die Stadt. Insofern freue er sich, dass nunmehr erste Vorarbeiten in Angriff genommen würden. Inhaltliche Aspekte, insbesondere zum Städtebau, würden im Laufe des Verfahrens noch eingehend erörtert.

RM Moritz hält den Konzeptvorschlag ebenfalls für gut erarbeitet und begrüßt die Zielsetzung. Allerdings sollte in der Auslobung zum Wettbewerb aufgenommen werden, dass, sofern der dritte Bauabschnitt nicht sofort realisiert werden könne, eine anderweitige Unterbringungsmöglichkeit für die Verwaltung zu prüfen sei. Schließlich könne man zum jetzigen Zeitpunkt nicht sicher davon ausgehen, dass die notwendigen Haushaltsmittel für den dritten Bauabschnitt dann auch zur Verfügung stünden.

Vorsitzender Klipper macht unter Hinweis auf Seite drei, zweiter Absatz der Beschlussvorlage darauf aufmerksam, dass diese Option bereits berücksichtigt sei.

RM Sterck verweist auf die seiner Ansicht nach unerfreuliche Vorgeschichte zu diesem Projekt, insbesondere in Bezug auf die Kostenentwicklung. Noch vor zwei Jahren habe der städtische Kostenanteil für die Sanierung wegen der Unterstützung durch das Stifterehepaar bei rund 7,5 Mio. € gelegen. Nunmehr sei in der Aufstellung des Rechnungsprüfungsamtes von 27 Mio. € die Rede. Auch wenn diese in vielen Punkten nicht mit der damaligen Kostenaufstellung übereinstimme, so verblieben dennoch vergleichbare Kosten von 15,3 Mio. €, also doppelt so viel als noch vor zwei Jahren. Da im Stadtentwicklungsausschuss starke Zweifel an der Kostenberechnung des Herrn Sterck geäußert werden, erklärt Herr Sterck weiter, dies sei in der Anlage drei zur Vorlage 3373/2009 nachzulesen. Herr Dr. Kramp lege nun eine völlig neue Konzeption vor. Insbesondere den Ansatz, das alte Zeughaus komplett für die Öffentlichkeit zu erschließen mit der Option, ggf. auf den Neubau für eine gewisse Zeit zu verzichten, halte er für kreativ und richtig.

RM Zimmermann ist der Ansicht, die Kostendebatte möge im Finanzausschuss geführt werden. Für ihn überwiegen die positiven Aspekte und diese sollten auch genannt werden. Auch stelle er klar, dass heute lediglich ein Beschluss über die Sanierung, nicht aber über den Erweiterungsbau gefasst werde. Über letzteres entscheide der Rat. Hierfür seien noch Diskussionen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen erforderlich. Wichtig sei zunächst die Auslobung des Wettbewerbes und dabei sollten in der Tat beide Varianten geprüft werden.

Beigeordneter Streitberger erläutert, zur nächsten Ratssitzung und/oder Sitzung des Finanzausschusses werde eine Vorlage eingebracht, welche sich mit der Verkehrsuntersuchung Zeughausstraße/Burgmauer befasse. Ziel sei es, die Zeughausstraße verkehrsberuhigt umzugestalten und die Burgmauer in beide Richtungen zu öffnen.

Vorsitzender Klipper bedankt sich für die konstruktive Diskussion. Auch er sei der Ansicht, man möge nunmehr nach vorne schauen. Der vorgesehene Realisierungswettbewerb mit den beiden Optionen entspreche den Anforderungen für ein solch bedeutendes Vorhaben. Skeptisch sei er lediglich in Bezug auf die Verlegung des Einganges. Hier befürchte er massive verkehrliche Probleme. Aber dies sei noch im Laufe des Verfahrens zu prüfen. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Vorsitzender Klipper die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat nimmt die Konzeptstudie über die Erweiterung und Generalsanierung des Kölnischen Stadtmuseums von Lukas Baumewerd und Dr. Mario Kramp zur Kenntnis (Anlage 1 paraphierte Fassung) und beauftragt die Verwaltung mit der Planung der Erweiterung und Generalsanierung des Kölnischen Stadtmuseums, und zwar mit der Maßgabe, zunächst einen europaweiten Realisierungswettbewerb auszuloben. Der Auslobungstext, soweit er vor der Auslobung öffentlich gemacht werden darf, ist dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass aufgrund der Konzeptstudie die Baukosten (KGr. 300 bis 700) mit 27.747.468 Euro (brutto) angenommen werden. Die bis zur Entwurfsreife benötigten Planungsmittel werden mit 2.151.948 Euro angenommen, einschließlich der geschätzten Kosten von 300.000 Euro für den Realisierungswettbewerb.

Der Rat beschließt weiterhin, die über die Kosten für den Realisierungswettbewerb hinaus benötigten Planungsmittel von 1.852.000 Euro im Haushaltsplan 2012 für 2012

mit 611.200 Euro und 2013 mit 1.240.800 € im Teilfinanzplan 0408-Kölnisches Stadtmuseum, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.4 Festlegung eines Gebietes der Sozialen Stadt 'Köln-Mülheim'
2889/2011**

Die Vorlage wurde endgültig zurückgezogen, weil die Bezirksvertretung Mülheim der Vorlage zugestimmt hat und der Stadtentwicklungsausschuss einen Wiedervorlageverzicht ausgesprochen hatte.

**6.5 Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a -
135 c BauGB
3000/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a – 135 c BauGB – Anlage 1 – in Anpassung der fehlerhaften Satzung vom 29.11.2000.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.6 Klimaschutzkonzept Köln - vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm
2012
3272/2011**

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

**6.7 Handlungskonzept Strategisches Flächenmanagement
3391/2011**

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

6.8 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz hier: Baubeschluss 3570/2011

Herr Otrzonsek, Architekt und Gesellschafter des Büros HPP, stellt sich vor und berichtet mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation ausführlich über die Ergebnisse der Entwurfsplanung.

Vorsitzender Klipper und die anderen Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses bedanken sich herzlich für den informativen Vortrag. Vorsitzender Klipper stellt klar, dass die Gestaltung der Außenflächen heute nicht zur Beratung anstehe sondern es ausschließlich um die Sanierung der Bühnen gehe. Ferner stehe die Vorlage zur Entscheidung in der nächsten Ratssitzung auf der Tagesordnung. Die Diskussion zu dieser Thematik wolle er dort führen.

Frau Dr. Bürgermeister erinnert daran, dass die SPD-Fraktion beim damaligen Planungsbeschluss eine andere Vorstellung vom „Deckel“ gehabt habe. Dennoch betrachte sie die vorgelegte Planung aus kulturpolitischer Sicht sowohl in Bezug auf dem Umgang mit dem Denkmal, die Neubauanteile, die Optimierung der Betriebsabläufe als auch die Zuschauersituation für begrüßens- und unterstützungswert. Da allerdings noch eine Stellungnahme der Verwaltung zu den Prüfbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes ausstehe, votiere sie dafür, die Vorlage heute ohne Votum in den Rat zu verweisen.

RM Moritz zeigt sich ebenfalls erfreut über die vorgelegte Planung. Sie fürchte jedoch, dass der anvisierte Zeitrahmen aufgrund des starken internen Controllings nicht eingehalten werden könne. Sie fragt an, ob im Hinblick auf ein solch bedeutsames Projekt mit der bestehenden Zeitanfälligkeit auf die Überprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt ausnahmsweise verzichtet werden könne.

RM Sterck ist ebenfalls begeistert von den Planungen, auch wenn die FDP-Fraktion ursprünglich andere Vorstellungen verfolgt habe. Er persönlich sei ein großer Anhänger der Architektur der 50iger Jahre und er freue sich schon jetzt auf die Verwirklichung. Skeptisch sei er allerdings in Bezug auf die Gestaltung der Türme mit rohem Beton. Möglicherweise habe es ja einen Grund dafür gegeben, warum diese seinerzeit mit weißer Farbe übertüncht worden seien. Er bitte, dies zu hinterfragen; ebenso was die Farbgestaltung der Sitze angehe, damit mögliche Fehler nicht wiederholt würden. Bezüglich der Frage von Frau Moritz, so obliege es dem Rat, auf eine Untersuchung durch das Rechnungsprüfungsamt zu verzichten. Er selbst rate davon ab, weil diese zur Transparenz beitragen. Ansonsten sei er damit einverstanden, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen. Er erwarte aber, dass bis dahin eine detaillierte Bewertung der Verwaltung zu den vom Rechnungsprüfungsamt vorgebrachten Risiken vorliege.

SE Hornemann schließt sich den positiven Äußerungen seiner Vorredner an. Er möchte aber noch wissen, welche konkreten Verbesserungen die künftigen Besucher erwarten. Hiermit meine er beispielsweise den Komfort der Sitze, Beinfreiheit, etc.

SE Baatz wendet ein, der Wegfall der Fußgängerbrücke vom Schauspielhaus zum Parkhaus verursache insbesondere für Senioren und mobilitätseingeschränkte Menschen Probleme. Er fragt an, ob hierfür Alternativen vorgesehen seien.

Herr Otrzonsek antwortet, bezüglich der Sitzsituation habe man es mit zwei unterschiedlichen Gegebenheiten zu tun. Während die Sessel des Opernhauses in den Originalzustand zurück gebracht und restauriert würden, werde im Schauspielhaus eine neue Bestuhlung angebracht. Deren Sitzqualität werde selbstverständlich opti-

miert. Aber auch der Komfort der Opersessel werde sich wegen einer neuen Polsterung deutlich erhöhen. Für die Bedenken des Seniorenvertreters Baatz habe er großes Verständnis. Es gebe jedoch ausgewiesene Taxi-Stellplätze in unmittelbarer Nähe. Von dort würden zudem sehbehinderte Menschen mit taktilen Leitelementen in das Haus geleitet. Die Fußgängerbrücke hingegen habe keinen barrierefreien Zugang ermöglicht.

Vorsitzender Klipper gibt für seine Fraktion ein klares Signal, dass sie sich für die vorgelegte Planung ausspreche. Die heutige Präsentation habe ihn nochmals in seiner Auffassung bestärkt, dass die Entscheidung richtig gewesen sei, das alte Gebäude zu erhalten und im Bestand zu sanieren. Er wolle auf keinen Fall, dass der Baubeschluss verzögert werde, weil dies zusätzliche Kosten verursachen würde. Insofern erwarte auch er, dass bis zur Ratssitzung eine umfassende Stellungnahme der Verwaltung zu den Prüfbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes vorliege. Zur Fußgängerbrücke werde er zur Ratssitzung ebenfalls noch ausführlich Stellung nehmen. Schließlich werde die Gesellschaft immer älter und deren Bedürfnisse müssten entsprechend gewürdigt werden. Selbstverständlich sei die Frage der Architektur wichtig, dennoch müsse auf die tatsächlichen Gegebenheiten reagiert werden. Das Durchschnittsalter der Besucher sei eben relativ hoch.

Beigeordneter Streitberger antwortet auf die Frage von Frau Moritz bezüglich des Controllings, dass das Rechnungsprüfungsamt frei sei in seiner Entscheidung, ob es begleitend oder im Nachhinein prüfe. Er empfehle eine baubegleitende Prüfung, weil viele der Hinweise des Rechnungsprüfungsamtes hilfreich für das weitere Verfahren seien. Die mehrfach angesprochene Stellungnahme der Verwaltung sei fertig gestellt und werde bereits zur Sitzung des Finanzausschusses kommenden Montag eingebracht. Abschließend äußert er noch seine Einschätzung, dass die Projektsteuerung eine exzellente Arbeit leiste und die Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gebäudewirtschaft und den Bühnen sehr gut funktioniere. Insofern gehe er davon aus, dass die extrem anspruchsvolle Terminplanung eingehalten werden könne. Bezüglich der Kostenentwicklung verhalte es sich so, dass eine Reserve i.H.v. 10 % zurück gehalten werde. Es sei aber zu erwarten, dass diese Reserve durch Preissteigerungen und „unerwartete“ Zusatzleistungen, wie sie immer bei einer Sanierung in einem Altbestand zu erwarten seien, aufgebraucht werde.

SE Thelen fragt an, in welcher Form die Übersetzung fremdsprachiger Operntexte erfolgen werde.

Herr Otrzonsek erläutert, vorgesehen sei eine Installation auf der Rückseite der Sessel. Detailfragen seien indes noch zu klären.

Beigeordneter Streitberger ergänzt, selbstverständlich werde die Technik dezent und abschaltbar sein.

Vorsitzender Klipper hegt erhebliche Bedenken hiergegen, werde diese aber zu einem späteren Zeitpunkt im zuständigen Kulturausschuss oder Unterausschuss äußern. Im Übrigen stellt er Einvernehmen im Stadtentwicklungsausschuss fest, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen und stellt dies zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.9 Denkmalensemble Bahnhof Belvedere 3637/2011

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung,

- 1) die Liegenschaft Bahnhof Belvedere bis auf Weiteres, mindestens aber für weitere zwei Jahre, nicht zu veräußern und das Projekt der Sanierung und öffentlichen Nutzbarmachung des Denkmalensembles durch den Förderkreis Bahnhof Belvedere e.V. zu unterstützen.
- 2) den Förderkreis Bahnhof Belvedere e.V. bei der Erstellung eines Sanierungs-, Nutzungs- und Finanzierungskonzeptes zu unterstützen.
- 3) in Zusammenarbeit mit dem Förderkreis Bahnhof Belvedere die Beantragung von Fördermitteln aus dem Landesprogramm „Initiative ergreifen – Bürger machen Stadt“ des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MWEBWV) vorzubereiten.
- 4) zur endgültigen Entscheidung über die Beantragung der Fördermittel sowie über die Bereitstellung des städtischen Eigenanteils den Rat erneut mit der Angelegenheit zu befassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.10 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof / Baptisterium; Stellenbedarf beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau 4156/2011

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat erkennt den Bedarf für eine zusätzliche Stelle Technischer Angestellter (Ingenieur/Ingenieurin) VGr. IV a/III BAT (EG 11 TVöD) für das Projekt „Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof / Baptisterium“ in der Abteilung Neubau des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau an. Er beschließt die befristete Stellenzusetzung zum Stellenplan 2012 und stimmt der Stellenbesetzung im Vorgriff auf den Stellenplan 2012 zu. Verwaltungsintern wird eine entsprechende Verrechnungstelle zur Verfügung gestellt.

Die Finanzierung der mit der Einrichtung dieser Stelle verbundenen Personalaufwendungen in Höhe von jährlich 65.100,00 € und Sachkosten in Höhe von jährlich 19.640,00 € erfolgt durch eine Einsparung in gleicher Höhe im gleichen Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV -, TPZ 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.11 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet Nr. 400 in Köln-Hahnwald
3928/2011**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Beschlussvorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Rodenkirchen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.12 Fortschreibung Luftreinhalteplan Köln
4348/2011**

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

**7.1 155. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Porz/-Poll
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
0978/2011**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt

1. für den im planungsverbindlichen Flächennutzungsplan (FNP) in der Anlage 2 dargestellten Bereich eine Planänderung gemäß § 2 Absatz 4 Baugesetzbuch (BauGB) mit dem Ziel einzuleiten, Sonderbaufläche in Gewerbefläche umzuwandeln,
2. auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zu verzichten, da die Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 Absatz 1 BauGB im Parallelverfahren zum Bebauungsplan "Gewerbepark Poll" bereits stattgefunden hat.
3. die 155. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Porz –Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Porz/-Poll gemäß § 3 Absatz 2 BauGB mit der gemäß § 5 BauGB als Anlagen 1 bis 4 beigefügten Begründung und Umweltbericht offenzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

9.1 Städtebauliches Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) "Alarichstraße - Parkhaus Eduardus-Krankenhaus" in Köln-Deutz (Nummer 69445/02) Stellungnahme der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 4081/2011

RM Moritz weist auf die Relevanz der verkehrlichen und städtebaulichen Aspekte hin. Diese seien sorgfältig abzuwägen. Sie hätten viele Beschwerden der Anlieger erreicht, welche sich insbesondere auf die Parksituation bezögen. Sie bitte daher die Verwaltung im Laufe des Verfahrens um nähere Auskunft, wie sich die Parkplatzsituation vor Ort tatsächlich darstelle. Dies betreffe beispielsweise den Besucherverkehr durch die Lanxess-Arena und den Anwohnersuchverkehr. Denn, sollte der Bedarf nicht so hoch sein, so stelle sich die Frage, ob das Parkhaus weiteren Verkehr induziere. Im anderen Falle wundere sie sich, warum entlang der Lanxess-Arena nicht längst Anwohnerparkzonen eingerichtet worden seien. Denn städtebaulich gesehen, stelle ein Parkhaus dieser Größenordnung einen Fremdkörper dar. Sofern der Bedarf hieran tatsächlich nachgewiesen werde, plädiere sie dafür, ein Geschoss weiter in die Tiefe zu gehen, damit die Traufkante mit der Umgebungsbebauung abschlieÙe. Hierzu erbitte sie eine Stellungnahme der Verwaltung.

SE Hilden berichtet aus eigener Ortskenntnis, dass insbesondere am Wochenende aufgrund von Veranstaltungen in der Innenstadt erheblicher Parksuchverkehr in Deutz herrsche. Besonders angespannt werde die Situation zu Zeiten des Besuchsverkehrs des Krankenhauses samstags und sonntags. Gleichwohl verstehe er die Bedenken, mitten in einem Wohngebiet ein Parkhaus zu errichten. Hier müssten hohe architektonische Anforderungen gestellt werden. Über die Gestaltung des Parkhauses am alten Ufer habe man lange im Gestaltungsbeirat diskutiert und er könne sich vorstellen, hier eine adäquate Lösung zu finden. Dies bedeute beispielsweise, dass die Fassade geschlossen und das Parkhaus intern belüftet werde. Für das Krankenhaus sei es aber wichtig, über die nötige Infrastruktur zu verfügen um wettbewerbsfähig zu bleiben. Daher werde sich die FDP-Fraktion für das Vorhaben aussprechen.

Vorsitzender Klipper ist ebenfalls der Ansicht, dem Krankenhaus müsse eine Fortentwicklung ermöglicht werden. Allerdings müssten auch die Bedürfnisse der Anwohner auf einen Schallschutz und eine Nichtbelästigung durch Immissionen angemessen Beachtung finden. Insofern sei er dankbar für den Hinweis auf die Architektur des Parkhauses am alten Ufer. Dort sei es gelungen, derartige Störungen weitestgehend zu vermeiden. Den Vorschlag, das Parkhaus eine Etage tiefer zu legen, sehe er kri-

tisch, nicht zuletzt aus Gründen des Hochwasserschutzes. Insgesamt werde auch die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen, jedoch mit der Betonung, dass die Fassade so gestaltet werden möge, dass die Anwohner nicht unnötig mit Immissionen belastet werden. Ferner möge überlegt werden, ob das Parkhaus zumindest nachts für die Bevölkerung geöffnet werden könne. Dies müsse jedoch die Bezirksvertretung entscheiden.

RM Moritz weist darauf hin, dass auch in anderen hochwassergefährdeten Gebieten Tiefgaragen erbaut worden seien. Dies sei möglich, wenn auch kostspieliger. Die entscheidende Frage sei doch, wie wichtig einem der Städtebau an dieser Stelle sei. Zu den Ausführungen des Herrn Hilden sei sie der Ansicht, dass der Parksuchverkehr in Deutz nur daraus resultiere, dass dort noch kostenfreies Parken möglich sei. Das Parkhaus an der Lanxess-Arena sei nämlich ihres Wissens nach am Wochenende halb leer. Insofern glaube sie nicht, dass das neue Parkhaus eine Entlastung darstellen werde, weil dieses mit Sicherheit auch gebührenpflichtig sein werde.

RM Zimmermann fasst zusammen, die entscheidende Frage sei doch, ob das Angebot zusätzlicher Stellplätze weiteren Verkehr anziehe oder nicht. Er persönlich vermute eher letzteres. Er halte die Maßnahme eher für eine Entlastung des Parksuchverkehrs im Viertel. Die Verwaltung möge dies jedoch mit belastbaren Zahlen belegen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Vorsitzender Klipper die Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Vorhabenträgerin aufzufordern, für den Bereich "Alarichstraße - Parkhaus Eduardus-Krankenhaus" in Köln-Deutz (Nummer 69445/02) einen Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung vom 15.02.2011 gemäß der Anlage 4 sowie der Stellungnahmen der Verwaltung zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung (Anlage 5) auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

10.1 Beschluss über die Vorgaben zur Weiterführung des Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 70454/08
Arbeitstitel: Kalker Hauptstraße 145 in Köln-Kalk
2571/2010
und
Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.09.2010
AN/ 1622/2010

Beigeordneter Streitberger möchte eingangs ein offensichtliches Missverständnis klarstellen. Demnach sei wohl bei einigen der Eindruck entstanden, die Kundentoilette werde im ersten Obergeschoss des Spielhallenbetriebes installiert. Dem sei aber nicht so. Sie befinde sich Eingangsbereich und zwar im Erdgeschoss. Der Eigentümer habe zugesagt, diesen Bereich zu renovieren und dort eine Toilette für Kunden des Aldi-Marktes und der Spielhalle vorzuhalten.

SE Baatz fürchtet, insbesondere Senioren hätten Berührungsängste, einen Spielhallenbetrieb zu betreten. In jedem Falle sei aber eine gute Beschilderung erforderlich, da sich die Kundentoilette nicht im gleichen Gebäude befinde.

Vorsitzender Klipper findet den errungenen Kompromiss für begrüßenswert. Auch sei er sicher, dass das hartnäckige Verhalten des Stadtentwicklungsausschusses und insbesondere der Seniorenvertretung ein richtiges Signal an den Discounter ausgesendet habe. Im Übrigen sei er froh, Aldi in dieser Innenstadtlage halten zu können.

RM Moritz stimmt im Grunde den Worten ihres Vorredners zu. Allerdings halte sie diesen Standort für zu wichtig, den Disput auszutragen. Auch sie sei klar der Auffassung, den Bedürfnissen einer alternden Gesellschaft müsse Rechnung getragen werden, jedoch möge man dies an anderen Standorten forcieren. Ferner sei sie der Überzeugung, dass Kundentoiletten, aber auch Sitzgelegenheiten, künftig zum Standard gehörten. Insofern sei es wichtig, auch Aldi hiervon zu überzeugen.

SE Baatz kann das zögerliche Verhalten des Discounters Aldi nicht nachvollziehen. Beim Neubau einer Filiale würden die Kosten für die Errichtung einer Kundentoilette eine unwesentliche Rolle spielen. Rewe, Hit und Edeka hätten diesbezüglich dazugelernt und mustergültige Kaufhäuser eingerichtet. Er betont noch einmal, Aldi möge in seiner Filiale zumindest ein klares Hinweisschild auf die Möglichkeit der Toilettennutzung in dem Gebäude Nummer 149 anbringen.

Vorsitzender Klipper ist der Überzeugung, der Wettbewerb werde auch Aldi zu einer Umkehr ihrer Einstellung bringen. Anschließend stellt er die Beschlussvorlage gemäß Anlage 5 zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss (gem. Anlage 5):

Der Stadtentwicklungsschuss beschließt, auf die Errichtung einer Kundentoilette als Auflage im Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 70454/08 zu bestehen und akzeptiert die von der Kanzlei Lenz und Johlen mit Schreiben vom 18.10.2011 vorgeschlagene Lösung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Änderungsantrag hat sich durch die Beschlussfassung erledigt.

10.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Arbeitstitel: Sinnersdorfer Straße in Köln-Roggendorf/Thenhoven

1435/2011

und

10.3 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes

Arbeitstitel: Straberger Weg in Köln-Roggendorf/Thenhoven

1548/2011

Vorsitzender Klipper ruft wegen des bestehenden Sachzusammenhangs die TOP`s 10.2 und 10.3 gemeinsam auf. Ferner sei er der Meinung, es habe sich gelohnt, hier einen Wettbewerb zu fordern und er schließe sich den Entwürfen des ersten Preisträgers an.

Auch RM Moritz begrüßt das Wettbewerbsergebnis. Besonders hervorheben möchte sie am Entwurf des ersten Preisträgers, dass sowohl das Straßenlaufmotiv als auch das Hofmotiv harmonisch aufgegriffen worden seien. Ferner seien Nähte und Anschlüsse -wie gewünscht- geplant worden. Hier sei in der Tat das Bild eines Ortsrandes erkennbar. Auch sei sie positiv überrascht, dass der Investor mehr Wert auf Qualität statt auf Masse lege und sich auf inhaltliche Diskussionen einlasse. Sie schlage vor, auch den nördlichen Teil der Sinnersdorfer Straße entsprechend des Wettbewerbsergebnisses zu entwickeln.

SE Frenzel schließt sich den Ausführungen seiner Vorrednerin an. Insgesamt sei die Zusammenarbeit mit den Investoren und den anderen Beteiligten, einschließlich der Verwaltung, sehr konstruktiv gewesen. Anschließend plädiert er für das Wettbewerbsergebnis, stellt dessen Vorteile in Bezug auf die Definition der Ortsränder und deren Anbindung an potentielle Baufelder sowie die gelungene Planung der Wegebeziehungen dar.

SE Beste erinnert an die häufig vorgebrachte Kritik, „Lungenbläschen-Städtebau“ zu betreiben. Hier habe sich gezeigt, dass Kreativität zu anderen, identitätsstiftenden Projekten, auch im Außenbereich führen könne. Insofern plädiere er dafür, auch in anderen Bereichen öfters Wettbewerbe zu fordern.

Herr von Wolff (stellv. Amtsleiter Stadtplanungsamt) schlägt vor, aufgrund der geänderten Beschlussvorschläge der Verwaltung sowohl zur Sinnersdorfer Straße als auch zum Straberger Weg die Bezirksvertretung Chorweiler erneut zu beteiligen. Der Stadtentwicklungsausschuss möge jedoch einen Wiedervorlageverzicht aussprechen, sofern die Bezirksvertretung den Beschlussvorlagen uneingeschränkt zustimme.

Vorsitzender Klipper stellt Einvernehmen im Stadtentwicklungsausschuss fest und stellt die Beschlussvorlagen zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die nachfolgenden Beschlussvorlagen zur erneuten Anhörung in die Bezirksvertretung Chorweiler und fasst folgende Beschlüsse:

1. Beschluss (Session-Vorlage 1435/2011):

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet nordöstlich der bebauten Grundstücke Norfer Weg 6 - 18, nordwestliche Grenze des Grundstücks Sinnersdorfer Straße 66 - 68 (Edeka-Markt) mit einer Tiefe von circa 100 m in nordwestlicher Richtung (westlich Sinnersdorfer Straße in Richtung Kreisverkehr) —Arbeitstitel: Sinnersdorfer Straße in Köln-Roggendorf/Thenhoven— aufzustellen mit dem Ziel, eine Einfamilienhausbebauung mit Doppel- und Reihenhäusern und zugehöriger Erschließung festzusetzen;
2. nimmt das **Ergebnis des einstufigen, anonymen, nicht offenen Wettbewerbes für die Bebauung und Neugestaltung des westlichen Ortsrandes von Köln-Roggendorf/Thenhoven für den Bereich des Plangebietes des Bebauungsplanverfahrens Sinnersdorfer Straße** zur Kenntnis;
3. beschließt, **dass der Investor auf Grundlage des Entwurfes des 1. Preisträgers in Abstimmung mit der Verwaltung ein städtebauliches Planungskonzept erstellt;**
4. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB **auf der Grundlage des Entwurfs des 1. Preisträgers** nach Modell 2.

2. Beschluss (Session-Vorlage 1548/2011):

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet **südwestlich des Norfer Weges**, nordwestlich der bebauten Grundstücke Sinnersdorfer Straße 80 - 92, 92 a - 104 a und 106, **nordwestlich des Quettinghofes bis zum Straberger Weg, Sinnersdorfer Straße 118 - 180 bis zum Pletschbach, Pletschbach bis Further Straße circa 150 m in nordwestlicher Richtung und einer mittleren Tiefe von circa 160 m und 270 m** in Köln-Roggendorf/Thenhoven —Arbeitstitel: Straberger Weg in Köln-Roggendorf/Thenhoven— aufzustellen mit dem Ziel, eine Einfamilienhausbebauung in Form von Einzel- und Doppelhäusern sowie Hausgruppen mit zugehöriger Erschließung, Kinderspielplätzen und Abgrünung zur freien Landschaft festzusetzen;
2. nimmt das **Ergebnis des einstufigen, anonymen, nicht offenen Wettbewerbes für den Bereich des erweiterten Plangebietes des Bebauungsplanverfahrens Straberger Weg** zur Kenntnis;
3. beschließt, **dass der Investor auf Grundlage des Entwurfes des 1. Preisträgers in Abstimmung mit der Verwaltung ein städtebauliches Planungskonzept erstellt;**
4. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB **auf der Grundlage des Entwurfs des 1. Preisträgers** nach Modell 2.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet bei beiden Vorlagen auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Chorweiler den Beschlüssen uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 59470/02
Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (Planungsstufe 2) in Köln-Widdersdorf
4132/2011**

RM Moritz erinnert daran, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe stets gegen Stufe 2, welche eine Gebietsänderung erfordere, votiert. In der Verwaltungsvorlage sei aber aufgeführt, der STEA habe „einstimmig zugestimmt“. Dies sei falsch und beziehe sich auf eine andere Sachlage. Sie erkläre nochmals deutlich, dass ihre Fraktion sich stets für 1a und 1b und auch für die Stufe 2b gemäß Ursprungsplan ausgesprochen habe. Die jetzige Ausbaustufe 2, die eine Änderung des Gebietsentwicklungsplanes bedinge, habe sie immer abgelehnt. Dementsprechend werde auch das Abstimmungsergebnis ausfallen.

Vorsitzender Klipper stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Lindenthal.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**10.5 Erneuter Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens
(vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen
Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: "Rather See" in Köln-Rath/Heumar
4150/2011**

Beigeordneter Streitberger berichtet eingangs von einem Versäumnis seitens der Verwaltung in Bezug auf die Beratungsfolge. Selbstverständlich müsse diese Vorlage auch zur Anhörung in den Ausschuss für Umwelt und Grün gehen, da hier Umweltbelange tangiert seien.

SE Weisenstein fragt an, warum in dem Bereich, wo bisher illegales Baden stattgefunden habe, der Schilfanbau nicht durchgezogen, sondern abgebrochen werde. So bestehe die Gefahr, dass dieses Verhalten fortgesetzt werde.

Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) erläutert, die bereits vorhandene Wegeführung um den äußeren See herum werde so konzipiert, dass kein Zugang zum See mehr

möglich werde. Dies werde beispielsweise durch die Anpflanzung von Brombeerhecken sichergestellt. Die Absperrung sei wichtig, damit sich beispielsweise Zugvögel ungehindert aufhalten und brüten könnten. Zu diesem Zweck habe die Verwaltung auch eine umfängliche Artenschutzprüfung in das Verfahren eingeschoben um deutlich zu machen, wo die Bereiche liegen, die strengstens geschützt werden müssen. Die Anmerkung des Herrn Weisenstein werde sie aber gerne aufnehmen und prüfen.

Vorsitzender Klipper glaubt auch nicht, dass Badegäste von einer Brombeerhecke abgeschreckt würden.

RM Moritz fragt an, warum nun plötzlich die Verwirklichung einer zweiten Wasserskibahn verfolgt werde, obwohl diese bei Beschlussfassung lediglich als Option ausgewiesen worden sei. Sie möchte wissen, ob es hierfür neue Tatbestände gebe. Die Beschlussvorlage sage hierzu nichts aus.

Frau Müssigmann bestätigt, dass die zweite Wasserskibahn lediglich als Option verfolgt worden sei. Die Optionsprüfung habe ergeben, dass der Eigentümer, welcher nach einem Investor für die Anlage Ausschau halte, eher das Signal gebe, potentielle Investoren seien mehr an der Realisierung von nur einer Wasserskibahn interessiert. Sie bitte heute dennoch um den Auftrag, mit beiden Optionen in die Öffentlichkeitsbeteiligung einsteigen zu können.

RM Moritz kann das Vorgehen der Verwaltung nicht nachvollziehen. Warum sei nicht von Anfang an die Verwirklichung nur einer Wasserskibahn verfolgt worden. So habe sie die damalige Beschlusslage nicht verstanden.

Frau Müssigmann erklärt, sie habe in Erinnerung, dass von Anfang an von zwei Wasserskibahnen die Rede gewesen sei. Sie werde dies aber gerne noch mal nachprüfen.

Vorsitzender Klipper bittet um Klärung bis zum Rücklauf dieser Vorlage. Anschließend stellt er den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Beschlussvorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Kalk **und in den Ausschuss für Umwelt und Grün.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.6 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Staatenhaus in Köln-Deutz
4326/2011

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Beschlussvorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Innenstadt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

**12.1 Beschluss über die Stellungnahmen sowie den Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 70420/02
Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll
2319/2011**

und

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.10.2011
AN/1825/2011**

SE Götz signalisiert für die CDU-Fraktion deren Zustimmung, auch wenn es im Nachgang wahrscheinlich noch kleinere Änderungen geben werde. Auch sei er der Auffassung, dass die verkehrliche Belastung nur durch entsprechende Aus- und Umbaumaßnahmen der verkehrlichen Anlagen erträglich werde. Dies betreffe insbesondere auch die Siegburger Straße. Er gehe davon aus, dass die Zeit während der Umlenkungsphase von der Verwaltung dazu genutzt werde, im Verkehrsausschuss entsprechende Vorlagen einzubringen.

Vorsitzender Klipper stellt die Verwaltungsvorlage unter Berücksichtigung des Änderungsantrages der SDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Stellungnahme der Verwaltung hierzu zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 70420/02 für das Gebiet zwischen dem Poller Damm und der Siegburger Straße und zwischen der nördlichen Autobahnauffahrt Köln-Poll und den rückwärtigen Grundstücksgrenzen Auf dem Sandberg 2 bis 99 sowie nördlich der Siegburger Straße zwischen Auf dem Sandberg 90 und 92 und der rückwärtigen Grundstücksgrenze Im Forst 453 (ehemaliger Bunker), rückwärtige Grundstücksgrenzen Im Forst 453 bis 13, nördlich des Grundstücks Im Forst 13 bis zur KVB-Strecke von Köln-Deutz nach Köln-Porz und östlich der Schule Auf dem Sandberg 120 in Köln-Poll – Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll– abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 7;

2. den Bebauungsplan-Entwurf 70420/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 66/SGV NW 2 023) –jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung– als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

- 13.1 **Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die 3. Änderung des Bebauungsplanes 74459/07**
Arbeitstitel: Madausstraße in Köln-Merheim, 3. Änderung 2207/2011

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. das Verfahren zur 3. Änderung des Bebauungsplanes 74459/07 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) für die Baufelder des allgemeinen Wohngebietes (WA 1) zwischen der öffentlichen Grünfläche im Zentrum des Wohngebietes, dem Nesselweg, der Hopfenstraße (Haupterschließungsstraße 2) und dem Salbeiweg in Köln-Merheim —Arbeitstitel: Madausstraße in Köln-Merheim, 3. Änderung— einzuleiten;
2. den Änderungsentwurf mit gestalterischen Festsetzungen nach § 3 Absatz 2 BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 13.2 **Beschluss über die Änderung des Aufstellungsbeschlusses und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 69474/02**
Arbeitstitel: Deutz-Mülheimer Straße in Köln-Mülheim 3305/2011

Die Vorlage wurde zurückgestellt, weil die Bezirksvertretung Mülheim die Vorlage vertagt hat.

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

15 Sonstige Satzungen

15.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd Arbeitstitel: Südlich Georgsplatz in Köln-Altstadt/Süd 4164/2011

Vorsitzender Klipper stellt die Beschlussvorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Wiedervorlage, falls die Bezirksvertretung Innenstadt ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd –Arbeitstitel: Südlich Georgsplatz in Köln-Altstadt/Süd– für das Gebiet zwischen Georgsplatz, der nördlichen und östlichen Grenze des Flurstücks 754/36, der östlichen Grenze der Flurstücke 526/35 und 826, der Weberstraße, der Löwengasse und der Severinstraße (Abschnitt Löwengasse bis Georgsplatz) in Köln-Altstadt/Süd in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

15.2 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Süd, Köln-Sülz Arbeitstitel: Eifelwall in Köln-Neustadt/Süd; Köln-Sülz 4169/2011

Vorsitzender Klipper stellt die Beschlussvorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Wiedervorlage, falls die Bezirksvertretung Innenstadt ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Süd, Köln-Sülz –Arbeitstitel: Eifelwall in Köln-Neustadt/Süd; Köln-Sülz– für das Gebiet zwischen Luxemburger Straße, Ei-

felwall, Rudolf-Amelunxen-Straße und Hans-Carl-Nipperdey-Straße in Köln-Neustadt/Süd, Köln-Sülz in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

15.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Pesch
Arbeitstitel: Donatusstraße in Köln-Pesch, 1. Änderung
4186/2011

Vorsitzender Klipper stellt die Beschlussvorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Wiedervorlage, falls die Bezirksvertretung Chorweiler ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Pesch –Arbeitstitel: Donatusstraße in Köln-Pesch, 1. Änderung– für das Gebiet zwischen Escher Straße, Donatusstraße, Im Gewerbegebiet Pesch, Donatusstraße und nördlicher Grenze der Wohnbebauung Am Pescher Holz in Köln-Pesch in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion.

15.4 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Nord
Arbeitstitel: Brandenburger Straße in Köln-Altstadt/Nord
4206/2011

Vorsitzender Klipper stellt die Beschlussvorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Wiedervorlage, falls die Bezirksvertretung Innenstadt ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Nord –Arbeitstitel: Brandenburger

Straße in Köln-Altstadt/Nord– für das Gebiet zwischen Brandenburger Straße, Domstraße, Altenberger Straße und Johannisstraße in Köln-Altstadt/Nord in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

15.5 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rondorf
Arbeitstitel: Südlich Rodenkirchener Straße in Köln-Rondorf
4207/2011

Vorsitzender Klipper stellt die Beschlussvorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Wiedervorlage, falls die Bezirksvertretung Rodenkirchen ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt, den Geltungsbereich der Veränderungssperre –Arbeitstitel: Südlich Rodenkirchener Straße in Köln-Rondorf– auf den Bereich der Rodenkirchener Straße (Hausnummer 99 bis 125) zu verkleinern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

15.6 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rodenkirchen
Arbeitstitel: "Auenviertel" in Köln-Rodenkirchen
4284/2011

Wegen Befangenheit übergibt Vorsitzender Klipper die Sitzungsleitung zu diesem Tagesordnungspunkt an seine Stellvertreterin, Frau Moritz.

Stellv. Vorsitzende Moritz stellt die Beschlussvorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Wiedervorlage, falls die Bezirksvertretung Rodenkirchen ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Nord –Arbeitstitel: "Auenviertel" in Köln-Rodenkirchen– für das Gebiet zwischen Weißer Straße, Mettfelder Straße, Grimmelshausenstraße, Uferstraße, Roonstraße, Auenweg und Grüngürtelstraße (hier auch die südlich gelegene Bebauung) in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Vorsitzender Klipper hat an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem TOP nicht teilgenommen.

Vorsitzender Klipper übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

17 Mitteilungen

17.1 Ausstellung "Bauen für die 2000-Watt-Gesellschaft. Der Stand der Dinge" im Stadthaus in Köln-Deutz 3219/2011

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

17.2 Entwicklungskonzept Deutzer Hafen: Sachstand, neue Planungsspielräume und weiteres Verfahren 3656/2011

Vorsitzender Klipper berichtet, er habe erfahren, dass die Fa. Steil dort investieren wolle. Er fragt an, ob dies zutreffend sei.

Herr Stüttem (stellv. Amtsleiter Amt für Stadtentwicklung und Statistik) antwortet, soweit er wisse, gebe es entsprechende Anträge. Das Amt für Stadtentwicklung und Statistik sei im Beteiligungsverfahren eingebunden und habe dort immer wieder auf den Beschluss des Moratoriums hingewiesen, d.h., dass Genehmigungen bis zum Jahr 2020 begrenzt würden. Dieses Verfahren sei auch eng mit dem Vorstand der HGK abgestimmt.

Vorsitzender Klipper ist der Auffassung, es sei kein gutes Signal für die Weiterentwicklung des Deutzer Hafens, wenn nunmehr eine Industriefläche für einen Verwertungsbetrieb zur Verfügung gestellt werde.

SE Beste ist der Überzeugung, man bräuchte mehr Stadtentwicklungsinformationen um Nutzungsentscheidungen für den Städtebau im Deutzer Hafen treffen zu können. Sinnvoll wäre es seines Erachtens auch, beispielsweise mehr Informationen zur Vernetzung und Einbindung des neu entstehenden Stadtteils, auch zum hinteren Teil von Deutz, zusammen zu tragen. Dies beträfe Wegeverbindungen, Grünraumvernetzungen, aber auch soziale Aspekte. Er bitte darum, derartige Informationen vor den weiteren Beschlussfassungen über die Entwicklung des Deutzer Hafens zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Klipper stimmt den Ausführungen seines Vorredners zu. Für die CDU-Fraktion habe die Entwicklung des Deutzer Hafens eine hohe Priorität. Umso mehr stimme ihn sein persönlicher Eindruck bedenklich, die HGK ziehe sich aus ihrem Geschäftsmodell zurück.

**17.3 Geförderter Mietwohnungsbau in Köln
Situation und Chance der dauerhaften Sicherung der Wohnversorgung
3717/2011**

Vorsitzender Klipper umreißt kurz die bestehende Wohnungsproblematik in Köln. Insbesondere im unteren Mietbereich werde sich die Situation zuspitzen. Das Wohnungsproblem sei seines Erachtens ausschließlich durch die Bereitstellung von mehr Bauland zu lösen.

**17.4 Wohnen in Köln
4041/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.5 Ratsbeschluss vom 01.03.2011, TOP 3.1.4 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Wohnraumförderung NRW", AN/0441/2011
Resolution an die Landesregierung
4145/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.6 Erstellung einer niedrigen Schallschutzwand an der DB-Strecke 2641 in Köln-Humboldt/Gremberg
4270/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

18 Mündliche Anfragen

18.1 – Anfrage des RM Gordes zum Sachstand des Moscheebaus in Ehrenfeld

RM Gordes bittet um Erläuterung der aktuellen Sachlage im Zusammenhang mit den Streitigkeiten zum Bau der Moschee in Ehrenfeld. Konkret möchte sie wissen, welche

Änderungen sich zum Entwurf des Siegermodells ergeben hätten und ob diese der Verwaltung zur Kenntnis gebracht worden seien.

Beigeordneter Streitberger erläutert, gegenüber dem Entwurf hätten sich die Bauantragsunterlagen in vielen Punkten geändert. Dies sei aber völlig normal und nicht ungewöhnlich. Beispielsweise sei man vom Mindestabstand zu den benachbarten Sportanlagen zurückgewichen, die Treppe werde anders konstruiert, etc. Die Änderungen seien alle von der Verwaltung akzeptiert worden. Lediglich die Reduzierung der Anzahl der Schalen des Kuppelgebäudes von vier auf zwei sei nicht im Vorfeld sondern erst im Nachhinein, nachdem die Bauüberwachung darauf hingewiesen habe, angezeigt worden. Auch diese Änderung habe die Verwaltung akzeptiert. Ansonsten habe es auf der Baustelle keine, für die Verwaltung relevanten Veränderungen, gegeben.

Vorsitzender Klipper bittet um eine Auflistung zu Protokoll, welche Änderungen sich im Laufe der Bauausführung ergeben hätten.

Beigeordneter Streitberger wendet ein, es handele sich zu einem Großteil um geschützte Daten. Auch sehe er die Notwendigkeit der Dokumentation nicht. Bei dem Streit zwischen Architekten und Bauherren handele es sich um eine zivilrechtliche Angelegenheit. Die Verwaltung habe nur deshalb ein Gutachten angefordert, weil Hinweise auf eine mangelnde Standfestigkeit laut geworden seien. Nach einer diesbezüglichen Überprüfung hätten sich diese aber als gegenstandslos herausgestellt.

Vorsitzender Klipper beruft sich auf sein Recht auf Information. Es könne nicht angehen, diese lediglich aus Presseberichten zu beziehen.

RM Sterck pflichtet den Aussagen des Beigeordneten Streitberger bei. Er selbst sei im Moscheebeirat und er könne bestätigen, dass sich die Ergebnisse des Siegerentwurfes nicht mit den tatsächlichen Gegebenheiten abgleichen ließen. Selbstverständlich sei der Entwurf weiterentwickelt worden. Dies sei aber auch entsprechend kommuniziert worden. Bei Interesse werde er seine Unterlagen gerne den Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses zur Verfügung stellen.

18.2 – Anfrage des Herrn Sterck zur Form der Bürgerbeteiligung

RM Sterck verweist im Zusammenhang mit der heutigen Berichterstattung in der Kölnischen Rundschau, betreffend die Bürgerbeteiligung zum Heliosgelände, auf einen Beschluss vom 30.10.2001, wonach die Verwaltung aufgefordert worden sei, einen Standard zur Form der Bürgerbeteiligung zu entwickeln.

Frau Müller (Leiterin Stadtplanungsamt) erinnert daran, die Verwaltung habe im Jahre 2006 Jahren eine Mitteilung eingebracht, warum sie Standards für die Formen der Bürgerbeteiligung für nicht zielführend halte. Sofern gewünscht, werde sie sich der Thematik noch einmal annehmen, denn zwischenzeitlich seien zahlreiche neue Verfahren entwickelt worden. Dies werde sie gerne zusammenfassen und hier vorstellen.

RM Sterck bemerkt, eine Mitteilung erledige keinesfalls Beschlüsse des hiesigen Gremiums. Im Übrigen bitte er um genaue Angabe der Fundstelle.

19 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Vorsitzender Klipper schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Klipper
Ausschussvorsitzender

Moritz
stellv. Ausschussvorsitzende

gez. Michels
Schriftführerin